



Solidarität

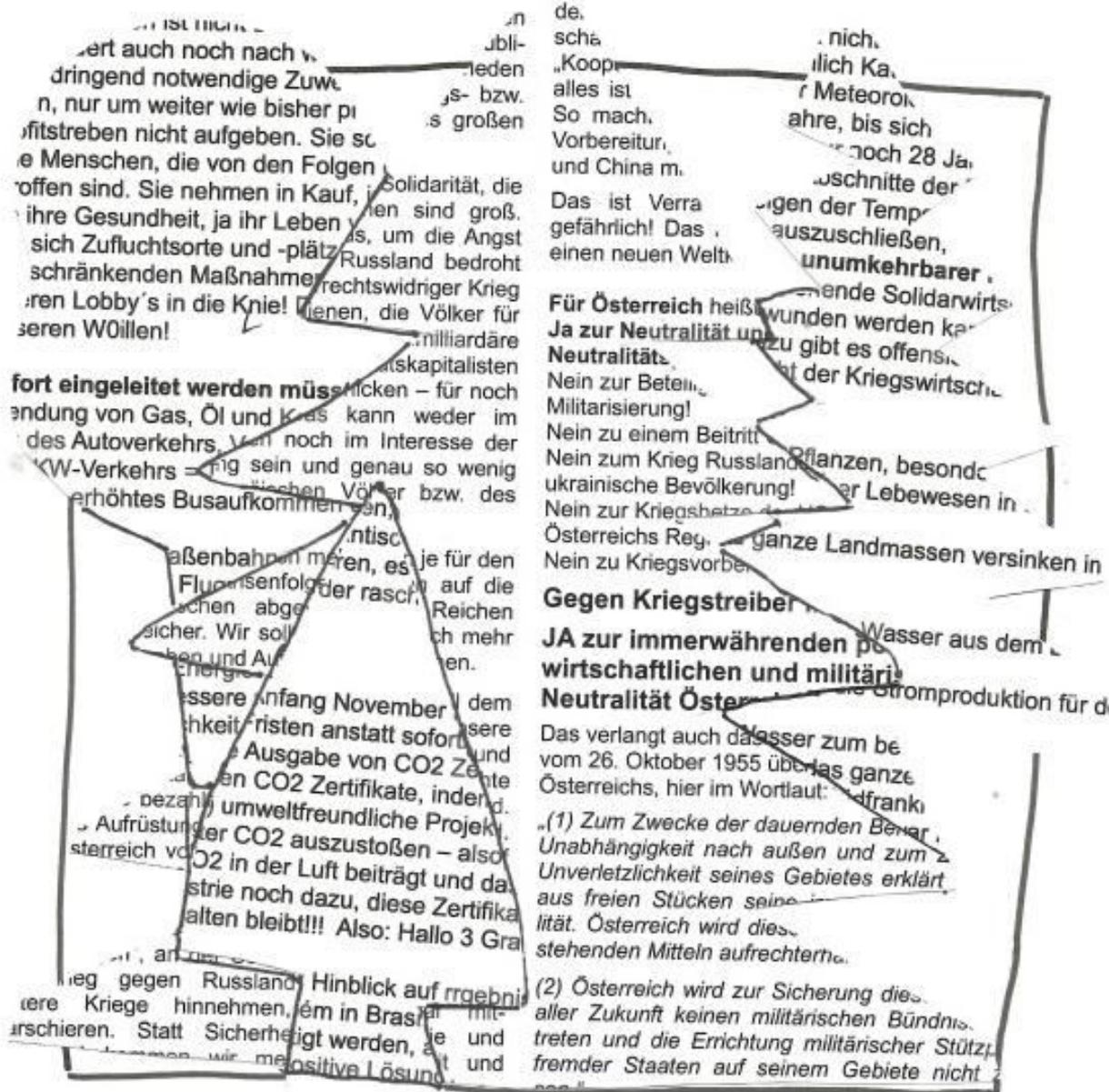
unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 5 * solidaritaet@gmx.at

* Dezember 2025



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu den Feiertagen werden wir uns der Flut der Nachrichten ein wenig entziehen, um einerseits zur Ruhe zu kommen und andererseits Pläne zu fassen für das kommende Jahr, das uns mit seiner ganzen Wucht herausfordern wird!

Wir laden Euch herzlich dazu ein, zusammen mit uns
für eine konfliktfreie Welt zu sorgen!

Entsolidarisierung I

Vor kurzem gab die Österreichische Wirtschaftskammer (WKO) bekannt, die Gehälter ihrer Angestellten, entgegen dem allgemeinen Trend, deutlich über der Inflationsrate auf 4,2% anzuheben. Dies war zunächst insofern verwunderlich, da von der WKO in den letzten Jahren immer wieder Rufe nach Lohnzurückhaltungen zum Zweck der angeblichen (Wirtschafts-)Standortsicherung laut wurden. Gleichzeitig macht sich die WKO z.B. bei den Metallern (1,4%) oder beim Handel (2,55%) um Lohnerhöhungen deutlich unter der Inflationsrate von 4% stark.

Nach allgemeiner öffentlicher Empörung ruderte der nunmehrige Ex-Präsident der WKO Harald Mahrer zurück, und verkündete eine Halbierung der Erhöhung auf 2,1%, nur um wenig später zugeben zu müssen, dass die Erhöhung auf 4,2% nur um ein halbes Jahr, auf Juli 2026 verschoben wurde. Dem nicht genug wurde wenig später bekannt, dass die Erhöhung der Bezüge der Spitzenfunktionäre der WKO weitaus höher ausfallen sollte. Der Bezug der Tiroler Landespräsidentin sollte

sogar um 60% (von 6.400 € auf 10.000 € brutto pro Monat) angehoben werden.

Die Empörung war dermaßen groß, dass Harald Mahrer zunächst von seiner Position im Vorstand der Österreichischen Nationalbank, und wenig später auch als Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer sowie als Obmann des Österreichischen Wirtschaftsbunds (einer Teilorganisation der ÖVP) zurücktrat.

Das Gebaren der WKO zeigt deutlich, dass sich diese schon länger von ihrer Aufgabe als Interessensvertretung zum Selbstbedienungsladen ohne jegliche Legitimation gegenüber ihren Mitgliedern und damit Beitragszahlern entfernt hat.

Die Österreichische Wirtschaftskammer hat dringenden Reformbedarf, nicht zuletzt auch, da die jüngsten Ereignisse ein gefundenes Fressen für diejenigen darstellen, welchen die österreichische Sozialpartnerschaft, zu welcher die WKO letztendlich gehört, ein Dorn im Auge ist, und die die sozialstaatlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zum Zweck ihrer eigenen Profitmaximierung eliminieren möchten.

Entsolidarisierung II

Für Energieanbieter könnte es derzeit kaum besser laufen: Seit fast 4 Jahren treibt der Ukrainekrieg den Gaspreis massiv in die Höhe, mit dem Nebeneffekt, dass Energieanbieter teils milliardenschwere Gewinne lukrieren konnten, welche in erster Linie an deren Aktionäre ausgeschüttet wurden. Für die Endverbraucher bedeuten die gestiegenen Gaspreise im Endeffekt jedoch Mehrkosten von teils mehreren hundert Euro pro Monat.

Diese Entwicklung führte dazu, dass die Endverbraucher vielfach, teils auch aufgrund der milderer Winter in den vergangenen Jahren, ihren Gasverbrauch insgesamt doch signifikant reduzierten.

Andererseits wechselten, v.a. besser situierte Personen, nicht zuletzt aufgrund teils üppiger staatlicher Förderungen, auf alternative Energieformen, wie zum Beispiel Wärmepumpen, Solarpaneele oder Pelletheizungen.

All diese Entwicklungen führten wiederum dazu, dass die Energieanbieter geringere Einnahmen aus dem Gasverbrauch lukrieren konnten.

Statt die „Verluste“ jedoch aus den Gewinnen zu kompensieren, kündigten die Energielieferanten unisono, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen an, ihre Netzkosten um durchschnittlich 17% zu erhöhen, nachdem diese erst im Jahr zuvor um durchschnittlich 18% angehoben wurden.

Wir fordern die Politik, welche sich zu diesem Thema bis jetzt noch gar nicht geäußert hat, dazu auf, den Energieanbieter, welche sich zumindest indirekt im Einflussbereich der jeweiligen Bundesländer befinden, derlei Praktiken zu unterbinden! Es ist nicht einzusehen, dass die Milliardengewinne, welche in den letzten Jahren aufgrund des gestiegenen Gaspreises lukriert werden konnten, ausschließlich an die Aktionäre ausgeschüttet werden, während „Verluste“ aufgrund geringerer Einnahmen de facto durch die Hintertür mittels erhöhter Netzkosten den Endverbrauchern umgehängt werden sollen.

Energieanbieter haben eine kommunale Aufgabe: die Bevölkerung mit möglichst leistbarer Energie zu beliefern, und nicht sich an ihr zu bereichern!

Japan: (Atom-)Provokation mit Unterstützung der USA

15 Jahre nach dem verheerenden Tsunami-Mega-GAU von Fukushima, will Japan 2026 die seitdem stillgelegte weltgrößte Giga-AKW-Anlage seiner Art, Kashiwazaki-Kariwa, wieder in Betrieb nehmen.

Dazu muss man wissen: Die auf einer Fläche von 4,2 km² befindlichen sieben Atomreaktorblöcke mit insgesamt 8.000 Megawatt Leistung, stehen in einer der aktivsten

Erdbeben-Tsunami-Gefahrenzone der Welt – und werden vom Fukushima-Super-GAU-Betreiber TEPCO geführt! Schon 2007 wurde das AKW von einem Erdbeben der Stärke 6,6 beschädigt und heruntergefahren, 2009/2010 wurden vier Blöcke wieder hochgefahren, nach dem Fukushima-GAU 2011 wieder heruntergefahren. Vor künftigen Tsunamibeben soll nun eine 15 Meter hohe Mauer „schützen“!?



COP 30 Konferenz von Bélem:

3°

Drei Grad Erderwärmung bis 2050 ist inzwischen eine eher wahrscheinliche Katastrophe, meinen ernstzunehmende Wissenschaftler der Fachgesellschaften für Meteorologie und Physik in Deutschland.

Seit der Industrialisierung dauerte es 65 Jahre, bis sich die Welt um 0,5 Grad erwärmt hatte, bis zur Erwärmung auf 1° dauerte es nur noch 28 Jahre. Die 1,5 Grad-Marke ist vermutlich schon in 17 Jahren erreicht. Die Abschnitte der Erhöhungen um 0,5 Grad werden also immer kürzer. Was durch das Ansteigen der Temperatur der Ozeane noch beschleunigt werden könnte. Es ist nicht auszuschließen, dass die Erderwärmung unaufhaltsam auf 3° zusteuer! Dies ist ein unumkehrbarer Kipppunkt!

Vermeidbar nur durch eine Ressourcen schonende Solidarwirtschaft – sofort und jetzt – mit der allein die „mörderische Krankheit des Profites“ überwunden werden kann. Dazu scheint eine Revolte nötig, um die rein auf Gewinn ausgerichtete Wirtschaft entscheidend zu verändern. Dazu gibt es offensichtlich keinen Willen der „normalen“ Profiteure und schon gar nicht der Kriegswirtschaft!

Was bedeutet das?

Massenhaftes Aussterben von Tieren und Pflanzen, besonders betroffen werden Korallenriffe sein, die mehr als einem Viertel aller Lebewesen in den Ozeanen Zuflucht bieten.

Der Permafrost im Norden taut auf und ganze Landmassen versinken im Meer inklusive ganzer Städte
immer mehr, größere und längere katastrophale Waldbrände

Mehr Menschen sterben durch Hitzewellen. Laut Statistik Austria starben in Österreich im Sommer 2023 pro Woche 1.400 bis 1.600 Personen an den Folgen überhöhter Temperaturen! In ganz Europa 47.000

Wenn die Temperaturen steigen, verdunstet mehr Wasser aus dem Boden, der Niederschlag nimmt ab
Bei längeren Trockenheiten fehlt in Kraftwerken die Stromproduktion für den Antrieb von Turbinen und zum Kühlen

Ebenso fehlt dann in der Landwirtschaft das Wasser zum beregnen, je mehr Grund- oder Flusswasser entnommen wird, desto mehr wird das ganze Ökosystem belastet

Ein Trinkwassermangel entsteht (Jetzt schon in Südfrankreich 2023, wo Tanklaster die Bevölkerung versorgen mussten, das Leitungswasser war nicht mehr zu trinken, Atomkraftwerke mussten abgeschaltet werden, weil sie nicht mehr gekühlt werden konnten.)

Durch Wetterkapriolen entstehen gigantische Überschwemmungen, die ganze Landschaften und Siedlungen zerstören, es gibt zahlreiche Todesopfer

Bestäuber wie Bienen können sich der raschen Erwärmung nicht anpassen und verschwinden = Ernteminderung, usw. usf.

Die Verhandlungen der EU von Anfang November taugen nichts, sind zu spät und erlauben immer noch zu lange Fristen anstatt sofort notwendiger Veränderungen!

Ein Paradebeispiel dafür ist die Ausgabe von CO2 Zertifikaten. Firmen wie VW und andere Industrieunternehmen erwerben CO2 Zertifikate, indem sie Geldbeträge an Länder bezahlen in denen (vielleicht) umweltfreundliche Projekte verwirklicht würden und kaufen sich dadurch frei, selber weiter CO2 auszustoßen – also eine glatte Lüge, die absolut nichts zur Minderung von CO2 in der Luft beiträgt – und das noch mindestens 15 bis 20 Jahre! Jetzt fordert die Industrie noch dazu, diese Zertifikate gratis zu erhalten, damit ihr der Profit in voller Höhe erhalten bleibt!!! Also, geht's noch? Hallo, 3 Grad Erderwärmung!

Auch in Belém blieben die nötigen Entscheidungen aus! Die Versammlung war aufgrund des Drucks der Nutznießer der gegenwärtigen Situation nicht in der Lage, entscheidende Fortschritte in der Bewältigung der gegenwärtigen krassen Situation bezüglich der Erderwärmung zu treffen.



Warum ist das so?

Die Wirtschaft mit ihren Verantwortlichen ist nicht bereit, den genannten Umständen Rechnung zu tragen. Im Gegenteil: Sie wollen das gegenwärtige Profitstreben nicht aufgeben, um weiter wie bisher produzieren zu können. Dafür wollen sie sogar noch Unterstützung vom Staat erhalten, also unser aller Steuergeld. Das Geld fehlt dann bei Bildung, Gesundheit, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Sie scheren sich keinen Deut um die Umwelt und damit auch nicht um das Wohlergehen der Menschen, die von den Folgen dieser Verantwortungslosigkeit betroffen sind. Sie nehmen in Kauf, ja es ist ihnen gleichgültig, wie viele Menschen dadurch ihre Gesundheit, ja ihr Leben verlieren! Sie glauben, dass sie überleben können, indem sie sich Zufluchtsorte und -plätze schaffen. Die Regierungen der Welt sind zu feige, um mit Maßnahmen gegen die Umwelt- und Klimazerstörung durch die Konzerne die Welt zu retten und gehen vor den großen Industrien und deren Lobby's in die Knie! Die Verantwortlichen nehmen gegen unseren Willen den Weg der Zerstörung und des Unterganges in Kauf!

Veränderungen sind dringend notwendig um Leben zu ermöglichen / zu retten:

In den letzten zehn Jahren gab es schon 250 Millionen „Klimaflüchtlinge“, weil tiefliegende Landmassen dauerhaft überflutet wurden

Fortsetzung nächste Seite

- # Stark davon betroffen sind die Philippinen, die in kurzer Zeit von zwei Taifunen mit unglaublicher Zerstörungskraft heimgesucht wurden
- # Im Iran wird daran gedacht, die Hauptstadt Teheran mit ihren 1,5 Millionen Einwohnern zu übersiedeln, weil ihnen am gegenwärtigen Platz aufgrund von anhaltender Dürre buchstäblich das Wasser ausgeht
- # Mehr als 60.000 Menschen starben 2024 wegen der Hitze alleine in Europa (Quelle: dpa)
- # Die Klimakatastrophe ist nicht mehr weit weg, schon längst auch in Österreich „angekommen“ mit jährlich wiederkehrenden Verwüstungen wie Orkanen, Hochwässern, Waldbränden usw.

Gegenmaßnahmen, die sofort eingeleitet werden müssten, unter anderem:

- # Radikale Verringerung bzw. Einstellung der Verwendung von Gas, Öl und Kohle zur Energiegewinnung
- # Hauptsächliche Einstellung des Autoverkehrs, Verschrottung und Wiederverwertung der meisten Fahrzeuge für andere Zwecke, z.B. langlebige öffentliche Verkehrsmittel und Gebrauchsgüter
- # Radikale Reduzierung des LKW-Verkehrs = Transporte mit der Bahn
- # Massiver Ausbau von Eisenbahn, Straßenbahn, Buslinien
- # Massiver Ausbau von Rad- und Fußwegen auf bestehenden Autotrasse
- # Hauptsächliche Einstellung bis zum Verbot von Flugreisen, Verschrottung von Flugzeugen
- # Umstellung von Wirtschaft und Landwirtschaft auf zukunftsfähige Produkte mit geringem Energieverbrauch
- # Das heißt z.B. soweit und so viel wie möglich regionale, konsumentennahe Erzeugung langlebiger, nachhaltiger Produkte, statt Wegwerfprodukten und massenhaftem Schnickschnack

Das bedeutet auch: Erzeugung von Lebensmitteln durch allgemeine, ausschließliche Bio-Landwirtschaft, statt Erzeugung von chemieverseuchter, gesundheitsschädigender Nahrung durch die Agroindustrie (die auch die Landschaft zerstört)

- # Einstellung von Aktionen mit sehr hohem Energieverbrauch (KI)
- # Kompakte Siedlungsstrukturen, die eine bessere und leichtere Versorgung der Bevölkerung ermöglichen = Einkaufsmöglichkeit in den Ortszentren
- # Keine Zersiedelung der Landschaft
- # Einsatz der jetzt für Aufrüstung und Krieg verschwendeten Milliarden und Milliarden für Menschenrecht statt fortgesetzter Menschenzerstörung, zur Bekämpfung von Hunger-, Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungsnot sowie von Natur-, Umwelt- und Klimaschäden und deren Auswirkungen durch die bisherige Profitwirtschaft ...

Wenn nichts davon geschieht,
dann gute Nacht geliebte Erde, unser Heimatplanet!

Szenarien einer Welt mit mehr als 3° C Erderwärmung:

- # Nur eine geringe Anzahl von Menschen überlebt
- # Kleine elitäre Gruppen sichern sich technische Geräte und Maschinen
- # Damit ist Nahrungsmittelerzeugung in den Händen der Reichen
- # Verfall von Städten und Siedlungen
- # Kleine Gruppen von reichen und elitären Menschen leben in geschlossenen Siedlungen, der Rest der Menschen vegetiert unter dramatischen Umständen dahin
- # Kämpfe um die geringen, noch vorhandenen Ressourcen
- # ...

(Quellen: KURIER, 6.11.25, 11.11.25, 12.11.25)

Fortsetzung von Seite 2:

Japan: Atomprovokation

Vor dem Fukushima-GAU waren in Japan 54 AKWs in Betrieb. Seitdem wurden 14 AKWs wieder in Betrieb gesetzt. Das zeigt, dass Japan viele Jahre ohne Atomstrom gut durchkam. Zudem hätte Japan ein enormes Potenzial an erneuerbaren Energien, insbesondere Gezeiten-, Wind-, Solarenergie sowie Geothermie, zur Verfügung. Die neuerliche Inbetriebnahme der weltgrößten AKW-Anlage hat also keine Stromnot zur Grundlage. Japan setzt damit seine Einwohner, aber auch die ganze Welt einer neuerlichen ganz und gar nicht notwendigen „zivilen“ Atomgefahr aus. Aber noch mehr: Die neue radikalkonservative Ministerpräsidentin Sanae Takaichi will die 1971 beschlossene Politik der „drei nicht-nuklearen Prinzipien“ – keine Atomwaffen zu entwickeln, zu besitzen und ins Land einzuführen – aufgeben. Takaichi schloss im Falle eines militärischen Taiwan-Konflikts auch den Einsatz japanischer Soldaten nicht aus.

Friedensgruppen und Vertreter der Atombombenüberlebenden sind schockiert, denn wiederholte Meinungsumfragen im letzten Jahrzehnt zeigen, dass rund 70 Prozent der Japaner für den Erhalt der drei nicht-nuklearen Prinzipien sind.

Diese Radikalisierung ist kein Zufall. Drei Tage nach Takaichis Übernahme des Postens der Ministerpräsidentin war US-Präsident Trump zu Besuch in Japan und bekräftigte den Ausbau der Allianz USA-Japan gegenüber China. Zwei Tage später kündigte Trump die sofortige Wiederaufnahme von US-Atombombentests an (ZDFheute, 30.10.2025). Daraufhin kündigte Russlands Präsident Putin ebenfalls neue Atomwaffentests an, sollte Trump bei seiner Ansage bleiben (orf.at, 5.11.2025).

Laut Tilman Ruff, Prof. an der Uni Melbourne und Co-Präsident der Internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges, habe Japan sich durch die Teilnahme am USA-Atomschirm lange Zeit faktisch der Akzeptanz von Atomwaffen mitschuldig gemacht und USA-Atomwaffen in Japan, auch auf Kriegsschiffen, toleriert. „*Ein eigenes Atomwaffenarsenal wäre jedoch ein bedeutender Schritt darüber hinaus. Sollte Japan eigene Atomwaffen besitzen, würde es ganz Nordostasien destabilisieren und möglicherweise eine Kettenreaktion der Weiterverbreitung von Atomwaffen auslösen und die Wahrscheinlichkeit eines Atomwaffeneinsatzes auf der koreanischen Halbinsel erheblich erhöhen. All dies würde zu einem regionalen atomaren Wettrüsten führen.*“

(Weitere Quellen: ntv, 21.11.2005; Deutsch Welle - <https://www.dw.com>, 28.10.+ 26.11.2025; Wikipedia)

Österreich hat sich verpflichtet – zur immerwährenden Neutralität!

Nach einer Million Toten im Ersten Weltkrieg, einer halben Million Toten im Zweiten Weltkrieg, waren danach die Lehren unter andrem, dass Österreich am 26. Oktober 1955 ein neutraler Staat wurde. Damals wurde das Neutralitätsgesetz beschlossen! Österreich erklärte darin seine immerwährende Neutralität, die es mit allen Mitteln aufrechterhalten und verteidigen wird und es wird zu diesem Zweck in aller Zukunft keinem militärischen Bündnis beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen.

80 bis 90% der Österreicher sind heute für die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität!

D.h. heute für unser Land u.a. kein Mitmachen bei Deutschlands/EU- und oder USA/NATO-Aufrüstung und Kriegsbeteiligung, d.h. u.a. auch kein Transit von NATO-Militärgerät und Waffenlieferungen durch Österreich – zu Luft, zu Land, zu Wasser oder Mitfinanzierung über Österreichs EU-Mitgliedsgelder. Das Gegenteil ist der Fall – unsere Regierungen lassen z.B. seit Jahrzehnten tausende Militärtransporte der NATO im Jahr durch Österreich und auch ca. 6.000 Überflüge von NATO-Militärflugzeugen im Jahr über Österreich zu. U.a. damit betreiben unsere Regierungen seit langem den Anschluss an Deutschland/EU/NATO.

USA - Russland

Die USA, privatkapitalistischer Staat mit Milliardären, Militärbudget 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr, führen überall auf der Welt Kriege bzw. finanzieren ihnen genehme Kriegsparteien. Russland, staatskapitalistischer Staat mit Oligarchen, Militärbudget 120 Milliarden pro Jahr, führt Krieg gegen die Ukraine. Wir lehnen Russlands völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine ab genauso wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege der USA(z.B. in Vietnam, Afghanistan, Irak, Syrien usw.) ablehnen. Jedoch begann der Ukraine-Krieg nicht im Februar 2022 sondern zumindest 2014. Damals haben die USA mit 5 Millionen Dollar in der Ukraine einen Rechstputsch (faschistoiden Putsch) zum Sturz des gewählten Präsidenten Janukowitsch finanziert. Doch der Ukraine-Krieg wäre längst zu Ende, wenn es die USA gewollt hätten. Denn Russland und die Ukraine hatten sich schon einem Monat nach Kriegsbeginn, Ende März 2022, bei einem Treffen in Istanbul auf einen Frieden – mit einer neutralen Ukraine – geeinigt, Doch Boris Johnson, im Dienste der USA, traf gleich nach diesem Treffen den ukrainischen Unterhändler in Kiew und „befahl“ ihm, unterschreiben sie nicht, ziehen sie einfach in den Krieg.

Die USA, wollten, ja brauchten diesen Krieg und haben lange daraufhin hingearbeitet. U.a. haben sie ja auch die Stilllegung der Gasleitungen von Russland nach Europa bewirkt, North Stream 2 wurde gesprengt, North Stream 1 dann von Russland vorsorglich stillgelegt. Damit erreichten die USA zweierlei – Russland verlor

sein Erdgasgeschäft mit Deutschland, Deutschland wurde wirtschaftlich geschwächt, es musste u.a. teures Flüssiggas auch aus den USA beziehen.

Nun rüstet Europa, allen voran Deutschland, verstärkt zum Krieg, zum dritten Mal zum Krieg gegen Russland.

Nach Schätzungen wollen die europäischen Großmächte, allen voran Deutschland, in den nächsten zehn Jahren fast 3.000 Milliarden Euro für Militär und Aufrüstung ausgeben. An nichts verdienen die Kapitalisten mehr als an Rüstung und Krieg und dann am Wiederaufbau. Der Ukraine-Krieg dient nun vermehrt als Anlass und Vorwand die europäische Wirtschaft auf Kriegswirtschaft umzustellen und er dient zur größten Militarisierung Europas. Die Aktie von Rheinmetall, dem zweitgrößten deutschen Rüstungskonzern, war vor dem Ukrainekrieg 30 Euro wert, heute ist sie auf 1.700 Euro gestiegen, also bald um das 56-fache – und sie wird, sagen Experten, noch weiter steigen. Die europäischen Mächte und ihre Großkapitalisten haben kein Interesse an einem Frieden in der Ukraine. Geht es nach ihnen, dauert dieser Krieg noch lange.



Deutschlands neuer Bundeskanzler, Friedrich Merz will nun die Bundeswehr zur konventionell stärksten Armee Europas machen,

mit einem Budget von 150 Milliarden Euro. Er ist Deutschlands erster erklärter Kriegskanzler und er plant, Deutschland und Österreich, wenn wir nicht aktiv unsere Neutralität leben, in den Krieg, in den dritten Krieg gegen Russland zu führen! Merz sagt sogar direkt, „wir sind zwar noch nicht im Krieg, aber nicht mehr im Frieden“. Und er steuert zum Krieg direkt hin! Im November 2024, da war er noch nicht Kanzler, sagte er: „Ganz ohne Zweifel ist der Krieg eine einmalige Gelegenheit, die Welt so zu sehen, wie man sie vielleicht bisher nicht erlebt hat. Eine Quelle von unschätzbarem Wert sind daher die Zeugnisse von Menschen, die im Krieg waren, lebend aus ihm zurückkehrten und imstande waren, über ihre Erlebnisse zu berichten.“

Fortsetzung nächste Seite

Die österreichischen Regierungen ignorieren bzw. verletzen unsere Neutralität seit Jahren.

Österreichs Herrschende machen bei Aufrüstung und Kriegsvorbereitung mit, sie betreiben den Anschluss an Deutschland, an die EU und die NATO. Sie stehen Seite an Seite mit Deutschland, das Bundesheer gemeinsam mit der deutschen Bundeswehr! Dazu gehört auch der Beitritt zum NATO-Sky-Shield Projekt 2024 (7 Milliarden). Die Regierung will das Bundesheer mit 60 Milliarden Euro bis 2032 „kriegsfähig“ machen - davon 45 Milliarden fürs Bundesheer und 17 Milliarden für Rüstungskäufe. Allein Sky Shield soll 7 Milliarden davon kosten. Das Heeresbudget soll von dzt. 4,2 Milliarden im Jahr bis 2032 auf 10 Milliarden jährlich gesteigert werden. Gleichzeitig sollen bei uns allein in den nächsten drei Jahren bis zu 40 Milliarden bei der breiten Masse der Bevölkerung eingespart werden – Einsparungen bei den Löhnen, Gehältern, Pensionen, weiters Sozialabbau. Die Teuerung trifft ebenso wieder die Normalverdiener bzw. die Armen, während z.B. allein Banken und Energiekonzerne in den letzten Jahren 37 Milliarden Gewinn machten, auch durch Förderungen des Staates aus unseren Steuergeldern. Geht

es nach unseren Herrschenden, dann soll Österreich, unsere Jugend, ein drittes Mal in unserer Geschichte an der Seite Deutschlands gegen Russland in den Krieg ziehen. Das wäre Landesverrat.

- Für eine aktive Neutralitätspolitik: geistig, wirtschaftlich, politisch, militärisch, gemeinsam mit anderen neutralen und paktfreien Staaten – das ist unsere Chance!
- Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!
- Nein zu Milliarden für Konzerne, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!
- JA zu Sozialstaat und Neutralität!!!
- Unsere Neutralität ist unsere Sicherheit, sie ist der beste Beitrag für den Frieden!!!

Vorbereitungspapier für eine Rede auf der Anfangskundgebung der Demonstration für Neutralität und Frieden am 18. Oktober in Wien am Christian Brodaplatz. Einen kurzen Auszug aus diesem Papier referierte ein Kollege der „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ in einem fünf Minuten Kurzbeitrag vor dem Start des Demonstrationszugs.

Bericht unserer Aktivitäten rund um den 26. Oktober 2025 zum 70. Jahrestag der immerwährenden Neutralität

Unsere Kundgebung vor dem Eingang zum Heldenplatz in Wien

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!



Teilnahme und Referat auf der 1. Neutralitätskonferenz in Wien

Das Referat kann auf unsere Website <http://atomgegner.at/aussendungen-positionen> bzw. direkt unter: http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2025/11/VORTRAG-fuer-Doku_Neutralitaetskonf_24-10-2025.pdf nachgelesen werden.

Hintergrundinfos zur Bedeutung und Wichtigkeit der Neutralität in einer Welt von Wettrüsten und Kriegen, u.a. mit Gen. i.R. Günther Greindl – siehe Video von unserer Veranstaltung: **Weltweites Wettrüsten und Kriege - Österreich schutzlos ausgeliefert?** <https://www.youtube.com/watch?v=j6KnNI3sAC8>

USA-Sicherheitsstrategie:

Kurz vor Druck der Zeitung wurde diese bekannt. Wie schon der Ukrainekrieg wird nun Trumps Plan zum Anlass genommen, insbesondere von EU-NATO-Land Deutschland, dass „Europa“ umso mehr aufrüsten müsse, weil „von den USA im Stich gelassen“. Von der nächsten „Zeitenwende“ wird gesprochen. Ziehen etwa die USA ihre Atomraketen aus Europa ab?

Für Österreich muss das mehr denn je heißen: k e i n M i t t m a c h e n bei den Aufrüstungs- und Kriegsplänen von EU/NATO/Deutschland. Schon im Februar 2025 waren die Grundzüge der US-Pläne bekannt. Siehe dazu den Artikel „Jeder gegen jeden – sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg“ in unserer Zeitung Nr. 1/2025: <https://prosv.at/zeitungen/>, [Sol-Ztg 1-25 März 2025 HP](https://prosv.at/zeitungen/). Mehr dazu auf unserer Website und in den kommenden Zeitungen.

Nächster Angriff auf die Neutralität I

Geplante Änderung des Kriegsmaterialiengesetzes

**Zweck: Ausbau des Rüstungsstandortes Österreich.
Gefahr: Österreich in Kriege hineinzuziehen.**

Österreichs Regierung und Industrie wollen im Zuge des EU-USA-Handelsdeals, insbesondere durch Teilnahme am „ReArm Europe Plan 2030“ der EU, bei Aufrüstungsgeschäften aktiv mitprofitieren. Ziel dieses EU-Aufrüstungsplanes ist es, 800 Milliarden Euro für Kriegsausgaben, pardon „Verteidigungsausgaben“ wie es offiziell heißt, zu mobilisieren.

Um an diesem 800-Milliarden-Rüstungskuchen teilnehmen zu können, soll z.B. das Kriegsmaterialiengesetz, das direkte und indirekte Rüstungsexporte aus Österreich in kriegsführende Länder aufgrund des Verfassungsgesetzes der immerwährenden Neutralität verbietet, abgeändert werden. Österreich soll damit als Rüstungsstandort ausgebaut und ein „einheimischer“ Rüstungsmarkt von 20 Milliarden Euro ermöglicht werden (1).

Dazu gehört auch der Beitritt Österreichs zum von NATO-Deutschland forcierten EU-NATO-Sky-Shield Projekt, für das 7 Mrd. Euro vorgesehen sind. Deshalb verlangt Verteidigungsministerin Tanner zusätzlich ein Sonderbudget von 4 Mrd. Euro für Langstreckenraketen (2.500 Kilometer Reichweite) im Rahmen von Sky Shield. Das zeigt: Sky Shield ist kein „Verteidigungssystem“ wie behauptet, sondern ein Raketen-Angriffssystem. Das macht Österreich zum Angriffsziel. „*Trotz Sparzwangs zeigte sie sich unbesorgt, dass alle nötigen Anschaffungen möglich sein werden. Sie sei dazu in einem sehr guten Austausch mit Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ)*“ (Die Presse, 19.10.2025).

Für den angesprochenen SPÖ-Finanzminister braucht es ein stärkeres Europa. Aufrüstung sei für die Wirtschaft nicht zwingend ein notwendiger Motor. Europa müsse aber in der Verteidigung mehr auf eigenen Beinen stehen. Eine enge europäische Zusammenarbeit hat vielleicht den Effekt, dass man stärker koordiniert, wer Rüstungsaufträge bekommt (Interview in der AK-ÖGB-Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“, Nr. 4/2025, 16.9.2025; <https://www.arbeit-wirtschaft.at/finanzminister-marterbauer>). Tatsächlich, Tanner kann guter Dinge sein, dass Marterbauer zwar nicht mehr Geld für Soziales, dafür aber für Aufrüstung rausrückt.

Ob in Regierung oder Opposition: ALLE verkaufen Österreich aus und wollen an Rüstung und Krieg verdienen und uns an neue Kriege anschließen. ÖVP und Grüne beschlossen Aufrüstung und Sky Shield, Neos und SPÖ sind ebenfalls dafür. Auch die FPÖ ist dafür, dass die Industrie auf Kosten der Bevölkerung, an EU-NATO-Deutschlands Aufrüstung profitiert: FP-Nationalratspräsident Rosenkranz will Österreichs Rüstungsindustrie wieder aufbauen, Arbeitsplätze schaffen und das Geschäft nicht anderen Ländern überlassen (Standard, 25.10.2025).

Schon jetzt treiben neben einigen einheimischen Firmen (z.B. Glock, Frequentis, Voestalpine, Hirtenberger, Schiebel, Steyr Arms, Steyr Motors, Airborne, Maschinenfabrik Liezen usw.) vor allem aber ausländische Konzerne wie Rheinmetall (Deutschlands zweitgrößter Rüstungskonzern), Rotax (Kanada) oder der weltweit fünftgrößte Rüstungskonzern General Dynamics (USA) ihr Rüstungsprofit-Unwesen in Österreich.

Die Industrie gibt sich zuversichtlich, dass der Import von Rüstungsbetrieben nach Österreich gelingt, weil Österreich entsprechende Standortvorteile hat: vergleichsweise gut ausgebildete Fachkräfte und vor allem stabile Verhältnisse, weil „*die Sicherheitslage im globalen Vergleich hervorragend ist*“ und es „*im Ernstfall kein Nachteil sei*“, wenn Österreich „*Hersteller ... von militärisch zentralen Gütern im Land*“ hat (1).

Diese Argumentation des Kurier-Schreiberlings ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Stabil sind die Verhältnisse nicht, weil Österreich Rüstungsbetriebe im Land hat, sondern weil Österreich bislang ein neutrales Land ist, das niemanden bedroht und daher auch von niemandem bedroht wird. Wer jetzt, so wie Industrie und Politik vorgeht, zerstört genau das. Denn was wird im Ernstfall zuerst bombardiert? Rüstungsbetriebe – noch dazu solche, die nicht für die Verteidigung von Österreichs Neutralität, sondern v.a. für den internationalen Kriegsmarkt produzieren, auch in Militärbündnisse wie die NATO exportieren. Österreich wird unter der Propagandälüge des Erhalts von Arbeitsplätzen und österreichischer Wertschöpfung dadurch wirtschaftlich noch mehr ans Ausland, vor allem an Deutschland, ausverkauft: Zudem wird Österreich dadurch zum Angriffsziel. **Eine Änderung des geltenden Kriegsmaterialiengesetzes auf Wunsch der Industrie, von NEOS-Staatssekretär Schellhorn im Namen von „Deregulierung“ vorangetrieben, ist brandgefährlich und neutralitätswidrig!**

(1) Kriegsmaterialiengesetz: Fesseln für die Industrie und Rüstung: Was Österreich interessant macht; Kurier, 28.9.2025; <https://kurier.at/politik/inland/kmg-uestung-exportwirtschaft-schellhorn-hattmansdorfer-oepv-neos/403087956>

Nächster Angriff auf die Neutralität II

„Lasst die Räuber durchmarschieren ...“

Das ist das Motto unserer Herrschenden. Unglaublich aber wahr. Die Maske fällt, die Kriegsfratze wird sichtbar. Das Bundesheer ist auf die Verteidigung der immerwährenden Neutralität, das heißt auf die Nicht-Kriegsteilnahme, vereidigt. Doch die Führenden in EU und Österreich haben anderes, ja das Gegenteil, vor.

Die EU, in der 23 der 27 Staaten NATO-Staaten sind, möchte, dass

- * die EU-Staaten ihre Infrastruktur für Waffen und Militär kriegstauglich machen (z.B. Brücken verstärken und heben, Tunnel verbreitern usw.)
- * Militärtransporte durch EU-Staaten innerhalb eines Tages bewilligt werden – im Ernstfall sogar ohne Erlaubnis, nur per Mitteilung. Das soll ermöglichen, Großverbände mit mehr als 15.000 Soldaten (!) in sechs Stunden zu verschieben (1).



Bundesheer-Strategie: „Im Kriegsfall kommt man an Österreich nicht vorbei“

Die EU will die Transportwege für den Krisenfall besser organisieren. Auch Österreich ist involviert, sagt: Generalmajor Vartok. Das Bundesheer müsse „durchmarschierende Kräfte“ unterstützen können.

Nach Ansicht von Generalmajor Ronald Vartok, Leiter der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen im Bundesheer.

* sollen die ÖBB kriegstauglich gemacht werden, weil der *ÖBB bei der „militärischen Mobilität eine zentrale Rolle“ zukommt*

- * soll das Bundesheer durch Österreich „durchmarschierende Kräfte unterstützen“ und „in der Lage sein, die Routen zu schützen.“ (2).

Was heißt das? Wenn die Bevölkerung das nicht will, richtet dann das Bundesheer im Falle des Falles seine Waffen gegen die eigene Bevölkerung statt den Durchmarsch fremder Truppen vorab zu verunmöglichen und zu verhindern, wie es das Neutralitätsgesetz vorschreibt!?

Für Generalmajor Vartok hat es auch keine Eile, den Ukrainekrieg zu beenden: „Die Ukraine ist ... derzeit der Sicherheitsgarant Europas ... gibt uns auch die Zeit, uns auf zukünftige Bedrohungen einzustellen.“ Im Klartext heißt das: Der Ukrainekrieg bietet den Anlass und Vorwand, für eine Kriegsteilnahme Österreichs aufzurüsten. Beendigung des Schlachtens und Sterbens in der Ukraine, Frieden in der Ukraine? Das interessiert den Herrn Generalmajor nicht!

Das entlarvt die Friedens- und Neutralitätsheuchler vollends. Sie reden von Frieden und Neutralität und ziehen unser Land immer mehr in Krisen, Konflikte und Kriege hinein. Das ist Landesverrat.

Statt die Neutralität zu verteidigen will das Bundeheer im Auftrag von „Verteidigungsministerin“ Tanner Österreich zum Durchhaus für fremde Truppen machen, was laut Neutralitätsgesetz verboten ist. Das macht Österreich erst recht zum Angriffsziel. Diese Heerespolitik schützt Österreich nicht, sondern zieht unser Land, zieht die Bevölkerung, insbesondere junge Menschen, die nächste Generation, in neue Kriege direkt hinein. Das ist absolut abzulehnen und brandgefährlich!

- (1) So Oberst Klaus Anderle, Leiter der Abteilung Militärpolitik im Verteidigungsministerium (Die Presse, 20.11.2025)
- (2) Das ganze Interview in „Die Presse“, 11.11.2025 (Printausgabe): https://prosv.at/wp-content/uploads/2025/11/Interview-mit-Generalmajor-Vartok_Presse_11.11.2025.pdf, bzw. Online: <https://www.diepresse.com/20289414/im-krisenfall-kommt-man-an-oesterreich-nicht-vorbei>

Nächster Angriff auf die Neutralität III

Meinl-Reisinger arbeitet wieder gegen die Neutralität

Statt Außenpolitik eines immerwährend neutralen Staates zu machen, sich für Waffentillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen, macht Meinl-Reisinger das Gegenteil.

Statt zu vermitteln, stellt sie sich einseitig auf die Seite der durch und durch korrupten Ukraine-Eliten. Statt Friedensdiplomatie zu betreiben, spielt sie sich als EU-Ratgeberin auf. Sie schlägt den finnischen NATO-Einheitscher-Präsidenten Stubb als EU-Oberverhandler für Ukraine-Gespräche vor, weil dieser einen guten Draht zu USA-Trump habe. Die NEOS-Außenministerin bedauert gleichzeitig, dass es im österreichischen Parlament keine Zweidrittelmehrheit zur Abschaffung der Neutralität gäbe. Ihr Drängen, Österreich noch stärker in die EU-Militarisierung einzubinden, in der 23 der 27 Staaten NATO-Mitglieder sind, bedeutet in Wirklichkeit, Österreich noch mehr an EU-NATO-Deutschland anzubinden.

Dazu passt ins Bild, dass der deutsche CSU-Politiker und Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, fordert, die EU zu einer europäischen NATO auszubauen. Dabei sagt Weber ganz offen, dass es ihm nicht (nur) um die Ukraine gehe, sondern darum, dass sich die EU gegen die Vorhaben der USA und Russlands stärken soll. Was er wirklich will ist: Deutschland soll unter dem Deckmantel von EU und EU-NATO, das laut Kanzler Merz in der EU bis 2030 das militärisch stärkste Land werden will, Deutschland mehr und „autonomer“ aufrüsten. Auch das von Deutschland begründete EU-NATO Sky Shield Raketen-Angriffssystem dient diesem Ziel, zu dem Deutschland gleich zu Beginn auch das neutrale nicht EU-Land Schweiz und das neutrale Österreich eingegliedert hat. Demgegenüber machen etwa Frankreich, Spanien, Italien, Kroatien, Malta, Zypern, Irland, usw., nicht mit (Quellen: ORF-Pressestunde; Presse, 24.+25. 11.2025).

Dort will uns Außenministerin Meinl-Reisinger hineinreiten! Nein, danke – nicht mit uns!

Nächster Angriff auf die Neutralität IV

„Skandinavischer Weg“ in die NATO

Gefragt zur geplanten neuen „Sicherheitsstrategie“ für Österreich, zu den Ängsten und der Ablehnung eines NATO-Beitrittes durch die Österreicher:innen, antwortete Brigadier i.R Walter Feichtinger entlarvend:

„Er sei für den „skandinavischen Weg“. Man muss ja nicht gleich in eine NATO-Mitgliedschaft stürzen. Zuerst einmal zurücklehnen, die eigenen Fähigkeiten stärken, die Resilienz der Gesellschaft, ein taugliches, wehrfähiges Bundesheer haben und dazu Kooperationsmöglichkeiten, z.B. mit der NATO suchen ... Wenn etwas passiert, muss man darauf vorbereitet sein, wenn man hier mit der NATO kooperieren möchte ... Skandinavien hat das so gemacht, über 10 Jahre hinweg ..., um dann festzustellen, jetzt ist es so weit. Diesen Weg würde ich gehen, ohne die endgültige Entscheidung in die NATO zu gehen, bereits treffen zu müssen ...“ (ORF, Ö1-Frühjournal, 20.10.2025, Transkript).

So hätten sie's gern: Wir sollen alles für die NATO-Aufrüstung als „Vorleistung“ machen und zahlen und dann kommt die NATO und macht Österreich zum Aufmarschgebiet. NEIN!

Pflegeraub

Solidarität mit den protestierenden, kämpfenden und streikenden Kolleginnen und Kollegen in ganz Österreich!

In Salzburg streicht die ÖVP-FPÖ-Landesregierung den Pfleger:innen in Krankenhäusern, im Seniorenwohnhaus, in der mobilen Pflege oder Sozialbetreuer:innen den „Pflegebonus“. Die Pfleger:innen verlieren dadurch fast 2.000 Euro pro Jahr. Da die Landesregierung bislang stur blieb, kam es zu massenhaften Protesten. In Salzburg organisierten ÖGB und AK Salzburg gemeinsam mit allen Gewerkschaften eine Demonstration, an der 12.000 Menschen teilnahmen! Mit einer Petition wurden 82.000 Unterschriften gesammelt.



Gleichzeitig laufen die Kollektivvertragsverhandlungen für die 130.000 Beschäftigten in der privaten Sozialwirtschaft. Die Forderung der Gewerkschaft war 3%. Die momentane Inflation beträgt 4%.

Eine Abgeltung kommt sowieso immer erst ein Jahr später. Das letzte Angebot der Arbeitgeber war 1,71 %.



Eine Frechheit! Anfang Dezember gingen die Beschäftigten in erste Warnstreiks.

Gesundheit und Pflege wären eigentlich Aufgabe der öffentlichen Hand, des Staates, des Bundes, der Länder und Gemeinden. In den letzten Jahrzehnten wurden immer mehr solcher Aufgaben an private, gemeinnützige Betreiber oder private Agenturen usw. ausgelagert. Damit putzt sich die öffentliche Hand ab. Die ausgelagerten Einrichtungen bekommen immer weniger Geld und geben den Druck weiter an die Beschäftigten. Wenn diese sich dann wehren, sagen die Beschäftigten: „Tut uns leid, wir können nichts dafür, können nichts machen.“ Der Chefverhandler der Sozialwirtschaft, der Vorstandsvorsitzende der Sozialwirtschaft Österreich, Erich Fenninger (Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich) sagte, dass die Branche nicht mehr hergeben könne und er eigentlich im Sinne der Sozialpartnerschaft auf der Seite der Beschäftigten steht. Wenn er und seinesgleichen das wirklich ernst meinen, dann müssen sie aktiv den Protest und die Warnstreiks gegen die Kürzungspolitik in Land und Bund massiv unterstützen.

**Solidarität ist unsere Stärke!
Widerstand ist unsere Chance!**



Kündigungen bei Voestalpine ...

**Die Aktien steigen,
Arbeitsplätze fallen weg**

Mit einem saftigen Reallohnverlust endete der diesjährige Metaller-KV-Abschluss. Statt zumindest die Abgeltung der aktuellen Inflation von 4% zu erhalten, gestanden Wirtschaftskammer und Industrie nur 1,4% zu. Zuvor hatte vor allem die Industrie mit Arbeitsplatzabbau, Verlagerung ins Ausland oder mit dem Zusperren gedroht, wenn es keine Lohnzurückhaltung gäbe. Die Spitzen der Gewerkschaftsverhandler aus PRO-GE und GPA übernahmen die Wortwahl der Unternehmer und stellten das Ergebnis „sozialpartnerschaftlich“ als alternativlosen „Krisenabschluss“ hin, um Kündigungen zu verhindern. Doch das „sozialpartnerschaftliche“ Gegenüber der Gewerkschaften, die Industrie, schert sich nichts um „Sozialpartnerschaft“. Tagtäglich gibt es die Meldung von Kündigungen, Schließungen, Verlagerungen: Lenzing, Unimarkt, AVL, Magna, Steyr, oder jüngst Swarovski oder Voestalpine.

Aber sind die Lohn- oder die „Lohnnebenkosten“ das wirkliche Problem? Nein. „*Lohnkosten sind in einem*

Hochtechnologieland eben nur ein Faktor von vielen“, sagt ein Erste-Bank-Analyst. Die Voestalpine- Aktien haben in diesem Jahr um 93% zugelegt. Der Gesamtwert der Aktien verdoppelte sich auf 6,4 Mrd. Euro. 15,7 Mrd. Euro Umsatz macht die Voestalpine, die Gewinnerwartung für 2025/26 liegt bei rund 1,5 Mrd. Euro (Standard, 25.11.2025). Trotzdem kündigt die Voestalpine in der Steiermark (Kindberg, Mürzzuschlag) 340 Arbeitskräfte.

Tatsächlich ist der Konkurrenzkampf der Kapitalisten und ihrer Staaten um Märkte, Rohstoffe, Einflussphären und damit Profite das Problem. Mit Hilfe von Handelskriegen, Steuerdumping, Finanzspekulationen, Zöllen, Sanktionen usw. gegen Konkurrenten erzeugen sie zunehmend Konflikte, Krisen und Kriege samt den dadurch z.B. zunehmenden Liefer(ketten)problemen, steigenden Rohstoffkosten oder Energiepreisen. Die Kosten dafür wälzen die Kapitalisten auf die Beschäftigten und die Allgemeinheit ab – wenn man sie lässt.

Lohnzurückhaltung hilft dagegen nichts. Im Gegenteil: es (be)stärkt die Unternehmer und Konzerne, in ihrem Konkurrenzkampf mit den anderen Kapitalisten bei der jeweils eigenen Belegschaft, auf Allgemeinheit und Staat noch mehr Druck auszuüben, damit der Profit möglichst lange so hoch wie möglich bleibt.

Präsident VdB „Bumbsti“

Im Rahmen eines Staatsbesuches im Oktober 2025 hat der deutsche Bundespräsident Frank Walter Steinmeier gemeinsam mit unserem Bundespräsidenten Alexander van der Bellen (VdB) und Rheinmetall CEO Armin Papperger den Rüstungsbetrieb von Rheinmetall MAN Military Vehicles (RMMV) in Wien-Liesing besucht.



Karikatur: Karl Berger

Der für das zivile Österreich traditionsreiche Standort gilt heute als das Herzstück der europäischen Militär-Lkw-Produktion. RMMV mit Hauptsitz in München ist innerhalb des Rheinmetall-Konzerns das Kompetenzzentrum für militärische logistische Radfahrzeuge. Das Werk in Wien ist dabei die größte Produktionsstätte Europas: Rund 2.800 Lkw werden hier im laufenden Jahr im Einschichtbetrieb gefertigt – 2026 sollen es bereits etwa 3.000 sein, bis Ende der 2020er-

Jahre ist eine Steigerung auf bis zu 4.500 Fahrzeuge pro Jahr geplant.

Der Staatsbesuch wurde in Tirol abgeschlossen. Nicht Landeshauptmann Mattle war - wie sonst üblich - der "Oberbefehlshaber" über die angetretenen Schützenkompanien, sondern Bundespräsident Van der Bellen. Er gab den Befehl dazu, mit dem Empfang zu starten sowie die Ehrensalve abzufeuern.

Anscheinend ist es nun opportun, das Programm für Staatsbesuche von Kultur – wie Staatsoper, Hofreitschule und dergleichen – auf Rüstung, Militär und Abfeuern von Salven umzustellen. Wenn man diese Linie weiterverfolgt, dann wird möglicherweise beim nächsten Staatsbesuch ein Panzerfahren mit Zielschießen am Truppenübungsplatz Allentsteig oder Großmittel stattfinden. Unser Oberbefehlshaber des Bundesheeres VdB könnte dann nach jedem Treffer dem Oberbefehlshaber der k. u. k. Armeen Erzherzog Friedrich nachfolgen und nach jedem Treffer ein lakonisches „Bumbsti“ ausrufen. Der Habsburger Friedrich wurde nämlich als „Erzherzog Bumbsti“ betitelt, als er bei der Vorführung eines Filmes zur Sprengwirkung eines österreichischen 30,5-cm-Mörsers die Aufnahme des Einschlags des Geschosses mit einem lakonischen „Bumbsti!“ kommentierte. Von Karl Kraus wurde er in den „letzten Tagen der Menschheit“ unter diesem ironischen Spitznamen literarisch verewigt. Die Episode verliert jedoch an Heiterkeit, wenn man bedenkt, dass diese „Nibelungentreue“ zu Deutschland in zwei furchterlichen Weltkriegen Abermillionen Opfer und unsägliches Leid ergeben hat und jede militärische Kooperation mit unseren deutschen Nachbarn zutiefst beschämend und eine Verhöhnung der Opfer ist. Eine weitere derartige Katastrophe, sei es in deutscher oder in einer größeren Gemeinschaft muss für unser Land mit allen Kräften verhindert werden.

Im Namen von „Gleichberechtigung“:

Vom Grund- und Frauenwehr- zum Kriegsdienst

Jetzt soll es schnell gehen mit der Erreichung der „Kriegstauglichkeit“, wenn es nach Regierung, FPÖ und Militärs geht.

Bis zum Jahresende soll die von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (ÖVP) eingesetzte Wehrdienstkommission drei Vorschläge zu Wehr- und Zivildienst sowie der Miliz erarbeiten. Im Gespräch: Verlängerung des Wehrdienstes auf 6 Monate plus 4 Monate verpflichtenden Truppenübungen in regelmäßigen Abständen, oder 8 Monate plus 2 Monate Übungen. Auch eine Verlängerung des Zivildiensts auf 12 Monate sei dann geplant (orf.at, OÖN 28.10.2025).

Schon im Frühjahr verlangte der Generalmajor und Milizbeauftragte des Bundesheeres sowie Generalanwalt von Raiffeisen, Erwin Hameseder, die Verlängerung und den Ausbau des Grundwehrdienstes zu einem Kriegsdienst.

Auf die Frage, ob in ein paar Jahren die Söhne der Menschen in Österreich dann vielleicht einmal aufs Schlachtfeld ziehen müssen, sagt Hameseder:

„Ja. Das muss man ganz klar dazu sagen ... daher muss man auch über die Verlängerung des Grundwehrdienstes reden ...“ (ORF 1, Im Gespräch, Waffen für Frieden, 23.3.2025 – ab Minute 11.30:

<https://on.orf.at/video/14268631/das-gespraech-mit-susanne-schnabl-waffen-fuer-frieden>).

Und der Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Erich Cibulka, will über eine Wehrpflicht für Frauen nachdenken. „Man könne sehr innovativ denken und die Wehrpflicht nicht auf die männlichen Staatsbürger einschränken. Also eine Wehrpflicht für Frauen einführen“ <https://www.derstandard.at/story/3000000266000/offiziersgesellschaft-praesident-will-wehrpflicht>, Standard 16.4.2025)

Hier von Gleichberechtigung zu reden ist purer Zynismus.

Von Gleichberechtigung reden die Herrschenden immer nur dann, wenn es zum Nachteil der Masse der Menschen ist. Es gibt „Gleichberechtigung“ für die Frauen bei Nacharbeit, beim länger Arbeiten bis 65 Jahre – oder jetzt auch beim Sterben am Schlachtfeld? Doch wo es nie und nimmer Gleichberechtigung gibt ist, dass diejenigen, welche die Menschen aufs Schlachtfeld schicken, selbst den Kopf hinhalten, sie beschränken sich auf die Rolle der widerwärtigen Schreibtischtäter.

RANDNOTIZ

**schweben
über dem
horizont
weite schauend
in der ferne
ein neues
land
befreit von
angst und
unfreiheit
ein neues
leben ohne
verzweiflung
not und
untergang
begegnungen
auf augenhöhe
statt krieg und
zerstörung
gutes leben
geben wohin
wir blicken
rosen und
wälder
einatmen von
leben
ausatmen von
traurigkeit und
versklavung
aufstehen
und menschen
durch zuwendung
befreien von
hoffnungslosigkeit
und die sonne
der solidarität
ermutigen
zum aufgehen**

Schulden, Schulden, Schulden ...

So wird tagtäglich getrommelt – und dass WIR sparen müssten. Das heißt, es wird bei denen die noch Arbeit haben, bei den Jungen, bei den Pensionist:innen, im Sozial- und Bildungsbereich, bei den Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und den Ärmsten, Familien und Kindern abkassiert.

Hier eine bei weitem nicht vollständige Aufzählung: Laut Arbeiterkammer (AK) macht der Sozialbetrug allein in der Baubranche 350 Mio. Euro im Jahr aus. 700 Mio. Euro jährlich entziehen Unternehmen dem Staat durch das Zwischenparken von Arbeiter oder Angestellten beim Arbeitsmarktservice (AMS). 42 Millionen Überstunden, die von Arbeitern und Angestellten jährlich geleistet werden, werden von den Unternehmern weder in Geld noch in Freizeit abgegolten. Dadurch entgingen den Beschäftigten allein 2024 rund 1,5 Milliarden Euro (OÖN, 16.10.2025). Das geht aber schon seit Jahrzehnten so. Somit fallen Arbeiter und Angestellte um viele Milliarden Euro an Einkommen um. Auch dem Staatshaushalt entging dadurch Lohnsteuer und der Sozialversicherung Beiträge für Krankenversorgung und Gesundheitsvorsorge der arbeitenden Menschen in Milliardenhöhe! Zudem bleiben die Unternehmen und Konzerne jährlich rund eine Milliarde Euro der Sozialversicherung schuldig – letztlich oft uneinbringlich. Die GPA hat errechnet, dass ein/e Arbeitnehmer:in 700.000 Jahre (!) arbeiten müsste, um auf das Vermögen des reichsten Österreicher zu kommen.

Wer hat die Schulden verursacht? Wo kommt das Geld des Staates hin, also unser Steuergeld, das zu 80 Prozent und mehr von der Masse der Bevölkerung, den sogenannten „kleinen Leuten“ stammt? Konzerne und Reiche zahlen kaum bis gar keine Steuern, betreiben seit Jahrzehnten „Steuervermeidung“ oder ganz offen Steuer- und Sozialbetrug in Milliardenhöhe, ohne dass ihnen das wirklich abgestellt wird.

Auf die knapp 390.000 Arbeitslosen kommen gerade einmal etwas mehr als 76.000 offene Stellen. Aber Industrie, Wirtschaftsminister, Politik und Medien beschimpfen die eigene Bevölkerung. Vor allem Teilzeitarbeitende, zumeist Frauen, die oft gar kein anderes Angebot der Firmen erhalten, oder Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Menschen, die von ihrer Arbeit gar nicht leben können, als Sozialschmarotzer. Nach dem Motto: „Haltet den Dieb“. So soll man den tatsächlichen Sozialbetrug in Milliardenhöhe der Unternehmer und Konzerne nicht sehen, soll davon abgelenkt werden.

Venezuela

Seit Monaten versenken die USA völkerrechtswidrig im Namen vom „Kampf gegen den Drogenhandel“ Schiffe im Meer vor Venezuela. Nun kreuzen die USA sogar vor der Küste Venezuelas mit dem größten US-Flugzeugträger der Welt auf. Wer da noch glaubt, dass es dabei um die Drogenbarone geht, dem ist nicht mehr zu helfen. Zudem könnten die USA im eigenen Land gegen den tödlichen Drogenmissbrauch und die Drogenbarone vor Ort vorgehen. Das passiert aber nicht. Mittlerweile pfeifen es ja schon die Spatzen vom Dach, dass es Trump, der sich selbst als größten Friedendealer aller Zeiten sieht, um einen Regimewechsel in Venezuela geht. Nicht um mehr Demokratie, sondern um den vor 25 Jahren verlorenen US-Einfluss – sehr wohl auch mit militärischen Mitteln – wiederzuerlangen. Trump hat sogar 50 Millionen Dollar Kopfgeld auf Venezuelas Präsident Maduro ausgesetzt.

Das Nobelpreiskomitee hat zudem durch die Zuerkennung des Friedens-

Fortsetzung letzte Seite

Nobelpreises an die venezolanische Oppositionspolitikerin María Corina Machado Parisca, einer Vertreterin der Reichen und ausländischen Konzerne in Venezuela, die zum gewaltsamen Umsturz in Venezuela aufruft, Öl ins Feuer gegossen. Der Friedenspreis wird damit zur großen Farce. Für den Frieden im Allgemeinen ist das ein Schlag ins Gesicht.

Das „noble-Komitee“, das sich um seines Widerstandes

gegen den Mächtigern Friedensnobelpreisträger Trump selbst rühmte, hat somit ganz Venezuela, also die Bevölkerung und deren Bodenschätze, den USA zum Fraß vorgeworfen. Somit braucht sich Trump nicht gleich die Hände dreckig zu machen und lässt so mit Hilfe der Friedensnobelp-M Marionetten Machado Parisca seine neokolonialen Eroberungspläne dort auch aus dem Inneren Venezuelas vorantreiben.

DAS LETZTE

„Arme“ Reiche

Tja, auch Superreiche haben es nicht leicht in Krisenzeiten. So vermeldet der „trend-newsletter“ vom 30.9.2025, dass der Umsatz der Red Bull GmbH im Jahr 2024 wegen der „gedämpften Weltwirtschaft“ nur um 2% auf fast 7 Milliarden Euro gewachsen ist. Für den reichsten Mann Österreichs, Red-Bull-Erben Mark Mateschitz (Sohn des Gründers Dietrich Mateschitz) kein Problem. So ließ er sich nach „nur“ 395 Millionen Euro im Jahr 2023 im Folgejahr 647 Millionen Euro an Dividenden auszahlen. Der „arme“ Mann kassierte so viel wie alle 1,9 Millionen Pensionisten und Pensionistinnen in Österreich durch Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages und jüngste Pensionskürzungen in einem Jahr an Geld verlieren.



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz.

Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfaktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und Aktivistinnen und Aktivisten möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen – das Redaktionsteam

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW

Empfänger: Gewerkschafter gegen Atomenergie

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, P. Düringer.

Österreichische Post AG

SM 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum



Zeitung nach dem Lesen an Interessierte weitergeben und/oder weitere Exemplare anfordern:
solidaritaet@gmx.at